



## FINANZKRISE

# Rückkehr des Keynesianismus? Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze!

Der Keynesianismus ist zurück. Mancher reibt sich verwundert die Augen, galt John Maynard Keynes doch seit nunmehr rund dreißig Jahren als „dead dog“, dessen Staatsgläubigkeit man die ausufernde öffentliche Verschuldung, die hohen Inflationsraten sowie die steigende Arbeitslosigkeit der späten 1970er Jahre ankreidete. Die jetzige Krise zeige indes, so meinen viele, dass die Neo-Liberalen vom Schlage eines Milton Friedman in ihrem Glauben an die Rationalität privatwirtschaftlicher Entscheidungsträger und die daraus resultierende Selbstregulierung freier Märkte ihrerseits weit über das Ziel hinausgeschossen seien. Mit den üblichen neo-liberalen Therapien, das würden ja auch bekennende Wirtschaftsliberale eingestehen, sei der heutigen Krise jedenfalls nicht beizukommen.

Von Joachim Zweynert

Kein Zweifel, von John Maynard Keynes können wir heute eine Menge lernen. Denn anders als viele jener „Bastardkeynesianer“ (so seine Cambridger Kollegin Joan Robinson), die sein Werk im Zeitgeist des Machbarkeitswahns der 1960er und -70er darauf reduzieren wollten, eine Anleitung für eine nach allen Regeln der Ingenieurskunst zu betreibende Globalsteuerung zu liefern, war Keynes in erster Linie ein Ökonom der Unsicherheit. Wirtschaftliche Entscheidungsträger, so lehrte er, orientieren sich aufgrund ihrer Unsicherheit häufig an den Handlungen ihrer Mitmenschen. Daraus resultiere ein Herdentrieb, der im Boom zu übertriebenem Optimismus und in der Krise zu übertriebenem Pessimismus führe. Das ist der Kern jenes überraschend kurzen Abschnittes über die Entstehung von Wirtschaftskrisen, den wir in der *General Theory* finden. Und hier setzt auch Keynes' Therapie an: Wenn selbst ein Zinssatz von Null aufgrund pessimistischer Erwartungen die Investoren nicht zum Investieren und die Konsumenten nicht zum Kau-

fen anregen kann (Liquiditätsfalle), dann versagt die Geldpolitik, und der Staat muss durch umfangreiche Ausgabenprogramme selbst für Nachfrage sorgen. Die Aktualität von all dem ist offenkundig. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, dass der Herdentrieb entscheidenden Anteil an der *Subprime*-Krise hatte: Nachdem eine ausreichende Anzahl Wagemutiger vorgegangen war, wagte sich eine immer größere Zahl von Spielern aufs dünne Eis, das dadurch keineswegs dicker wurde. Und es gibt nur wenige Ökonomen, die nicht zumindest bereit sind, darüber zu diskutieren, ob ein staatliches Konjunkturprogramm in der heutigen Ausnahmesituation geboten ist, um einen Nachfrageimpuls zu setzen und Vertrauen wieder herzustellen. Soweit ist das heutige Keynes-Revival nur allzu berechtigt und als Ausdruck gesunden Pragmatismus sogar zu begrüßen.

**In der heutigen Diskussion geht es aber um weit mehr als die Frage, ob John Maynard Keynes Erkenntnisse geliefert hat, die für**

## IN DIESER AUSGABE

Rückkehr des Keynesianismus? Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze! Seite 1/2

Kleine und mittlere Großstädte: Vielfältige Impulsgeber für Regionen Seite 3

Veranstaltungen und Publikationen Seite 4

die Gegenwart aktuell sind. Vielmehr wird mit Verweis auf ihn – und zunehmend sogar auf Karl Marx – das Ende des Neoliberalismus verkündet, dessen Vertrauen in freie Märkte in der Krise eindrucksvoll widerlegt worden sei. Und genau hier beginnt der gefährliche Trugschluss. Denn so unbestritten das Versagen vieler Marktteilnehmer auch ist, so wenig darf der Anteil des Staates an der Krise übersehen werden. Im Stile eines – allerdings in marktliberaler Rhetorik überaus versierten – Bastardkeynesianers (und in krassem Gegensatz zu den Empfehlungen eines Milton Friedman) flutete der damalige Präsident der US-Notenbank Alan Greenspan die Märkte immer dann mit Liquidität, wenn ein Abschwung zu befürchten war. Dabei war es gerade nach der *New Economy*-Blase eigentlich offenkundig, dass die überhitzte US-amerikanische Volkswirtschaft eine „Reinigungskrise“ (Schumpeter) gut gebrauchen konnte, um notwendige Strukturanpassungen zu vollziehen. Der Umstand, dass die Ausweitung der Geldmenge zunächst nicht auf die Verbraucherpreise durchschlug, schien diese Strategie zunächst zu bestätigen. Aber zusätzliche Liquidität versickert in einer Volkswirtschaft nicht einfach. Und es war alles andere als ein Zufall, dass sie vor allem in den US-amerikani-

schen Immobilienmarkt floss, von dem die Krise schließlich ihren Ausgang nahm. Es gehörte zum sozialpolitischen Traum des Rooseveltschen *New Deal*, auch jenen Amerikanern zu einem eigenen Heim zu verhelfen, die sich das eigentlich gar nicht leisten konnten. Dafür wurden die halbstaatlichen Banken *Fannie Mae* (gegründet 1938) und *Freddie Mac* (gegründet 1968, um der *Fannie Mae* „Konkurrenz“ zu machen) geschaffen, und dafür wurde die Vergabe von *Subprime*-Krediten (Risikokrediten für sozial Schwache) auf vielfältige Weise staatlich gefördert. Beides, der Versuch, notwendige Strukturanpassungskrisen durch eine expansive Geldpolitik zu verhindern und ein staatliches Sozialbeglückungsprogramm gegen die Logik der Märkte zu verwirklichen, schuf erst jenes Umfeld, in dem private Akteure gehörig dazu beitragen konnten, dass Keynes' Depressionstheorie sich heute wieder steigender Beliebtheit erfreuen darf. Festzuhalten aber ist: Ausgelöst wurde diese Krise zu einem beträchtlichen Teil durch Konzepte, die sicher nicht im Sinne des großen pragmatischen Ökonomen John Maynard Keynes waren, durchaus aber im Sinne viele seiner heutigen Apologeten.

**Wie aber steht es mit dem Hauptverdächtigen, dem Neoliberalismus? Zunächst einmal ist festzustellen, dass es „den“ Neoliberalismus nicht gibt und nie gegeben hat.** Vielmehr muss deutlich zwischen den Lehren der *Chicago School* um Milton Friedman und dem deutschen Neoliberalismus eines Walter Eucken oder Wilhelm Röpke unterschieden werden. Während Friedman und seine Kollegen als Reaktion auf Keynes tatsächlich einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft befürworteten, verstanden die deutschen Neoliberalen ihr Gesellschaftskonzept ausdrücklich als einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Genau wie im Falle von Keynes entstanden ihre Ideen maßgeblich unter dem Eindruck der „Großen Depression“. Und Wilhelm Röpke demonstrierte in seinen viel beachteten konjunkturtheoretischen Schriften der frühen 1930er Jahre, dass man auch auf Grund-

lage der damals vorherrschenden liberalen Österreichischen Konjunkturtheorie zu der Erkenntnis gelangen konnte, dass im seltenen Fall einer „sekundären“, sich aufgrund pessimistischer Erwartungen selbst verstärkenden Krise nur staatliche Ausgabenprogramme den Weg aus der Krise weisen könnten. Anders als Keynes hüteten sich Eucken, Röpke und ihre Mitstreiter aber, aus dem kurzfristigen Ausnahmeszenario einer sich selbstverstärkenden Depression gleich eine *General Theory* ableiten zu wollen. In einem waren sie sich mit Keynes indes einig: Auch sie kamen zu der Erkenntnis, dass sich selbst überlassene Märkte durchaus nicht unter allen Umständen zu Stabilität und Selbstregulierung neigen. Das bedeutete für sie aber nicht, dass der Wirtschaftsprozess der permanenten wirtschaftspolitischen Steuerung bedürfe. Vielmehr sollte der Staat der Wirtschaft durch klare und transparente Regeln einen Ordnungsrahmen vorgeben, innerhalb dessen er den privaten Akteuren freie Hand lassen müsse. Die wichtigste Maxime, an der sich ein solches Regelwerk zu orientieren habe, so Walter Eucken, sei das Haftungsprinzip: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen... Investitionen werden umso sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese haftet. Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen die Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte sorgfältig abzutasten.“

**Nicht die viel kritisierte „Gier“ der Bankmanager an sich war der entscheidende Grund für die Krise. Denn die Effizienz der Marktwirtschaft beruht ja gerade darauf, dass die Wirtschaftssubjekte – Konsumenten wie Produzenten – ein „Mehr“ einem „Weniger“ vorziehen.** Wo aber derjenige, der ein großes „Mehr“ einem kleineren „Mehr“ vorzieht, nicht für das dadurch zusätzlich entstehende Risiko haftet, wird ein konstituierendes Prinzip der Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt. Denn warum sollte ein Investor eine riskante Entscheidung sorgfältig überprüfen, wenn ihm (und dies auch nur dann, wenn der Verlust innerhalb weniger Monate eintritt!)

lediglich eine Kürzung der Bonuszahlungen droht? Dass Märkte unter solchen Bedingungen zu suboptimalen Ergebnissen führen, liegt nicht an ihrer mangelnden Funktionsfähigkeit, sondern an eklatanten Fehlanreizen.

**Das Prinzip „Haftung“ wurde in den USA durch eine verhängnisvolle Mischung aus geldpolitischer Expansion, sozialpolitischem Dirigismus und laxer Regulierung der Kapitalmärkte außer Kraft gesetzt.** Die letzte der drei genannten Ursachen hat durchaus etwas mit falsch verstandenem wirtschaftspolitischen Liberalismus zu tun. Bekanntermaßen haben die kontinentaleuropäischen Regierungen – allen voran die deutsche – bei ihren US-amerikanischen und britischen Kollegen seit längerem auf strengere Regeln für die Finanzmärkte gedrungen, sind dabei aber immer wieder auf taube Ohren gestoßen. Die amerikanische Regierung scheint nun bereit zu sein, aus ihren Fehlern zu lernen.

**Solche Krisen können künftig nur verhindert werden, indem der Staat der Wirtschaft eine Ordnung gibt, die für Transparenz sorgt und Fehlanreize minimiert, und sich ansonsten Eingriffen in den Wirtschaftsprozess so weit wie möglich enthält.** Dazu gehört auch – Forderungen, die Neoliberale diesseits und jenseits des Atlantiks miteinander verbinden – die Geldpolitik zu verstetigen, und keine Sozialpolitik gegen die Gesetze des Marktes zu betreiben. Die Lehren des John Maynard Keynes („*in the long run we are all dead*“) werden uns möglicherweise kurzfristig helfen können, die heutige Krise zu überwinden. Ihre Ursache aber ist weit eher in vulgärkeynesianischen Verwerfungen zu suchen als im Vorherrschen neoliberalen Denkens. Wenn sich eine Lehre aus der Krise ziehen lässt, dann die, dass eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze dringend geboten ist, um solchen konstituierenden Prinzipien marktlichen Wirtschaftens wie dem Haftungsprinzip wieder zu jener Geltung zu verhelfen, ohne die die Marktwirtschaft langfristig nicht lebensfähig ist.

## Kleine und mittlere Großstädte: Vielfältige Impulsgeber für Regionen

Kreativität und Wissen gelten heute als die „Rohstoffe der Zukunft“. Vor allem Städte verfügen über diese Potenziale, deshalb kommt ihnen eine wichtige Rolle für den wissensbasierten Strukturwandel zu. Das HWWI und PricewaterhouseCoopers haben in einem gemeinsamen Projekt untersucht, wie die Ostseestädte für diese Entwicklungen gerüstet sind und welche Gestaltungsmöglichkeiten Stadtentwicklungspolitik in diesem Zusammenhang hat. *Von Astrid Könönen und Silvia Stiller*

Für eine auch zukünftig dynamische Entwicklung des europäischen Wirtschaftsraums werden erfolgreiche Großstädte als Wachstumsmotoren gebraucht, die sich mit ihren umliegenden Regionen als attraktive Standorte behaupten können. Um sich erfolgreich im internationalen Standortwettbewerb zu positionieren, müssen Städte mit ihren Eigenarten nicht nur anziehend auf wissens- und forschungsintensive Unternehmen wirken, sondern gleichzeitig für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland ein hochwertiges Lebensumfeld bieten. Deshalb sind es gerade attraktive und ökonomisch leistungsfähige Städte, welche die Entwicklung ihres gesamten Landes zur Wissensökonomie vorantreiben.

**Auch für die Weiterentwicklung des Ostseeraums ist es ein aktuelles Erfordernis, dass der strukturelle Wandel zu höherwertigen Wirtschaftsbereichen voranschreitet.** Die aktuelle Studie untersucht die für die Entfaltung der Wissenswirtschaft grundlegenden Standortbedingungen und beantwortet die Frage, ob das Konzept der „kreativen Stadtentwicklung“ auf kleinere und mittlere Großstädte in Europa übertragbar ist. Die Analysen beziehen sich auf neun kleinere und mittlere Großstädte im Ostseeraum, deren Einwohnerzahl zwischen 110.000 und 730.000 Menschen liegt: Århus (Dänemark), Gdansk (Polen), Kiel (Deutschland), Riga (Lettland), Rostock (Deutschland), Tallinn (Estland), Turku (Finnland), Umeå (Schweden) und Vilnius (Litauen).

**Die Studie verdeutlicht: Auch wenn die analysierten Städte deutlich kleiner sind als die führenden europäischen Metropolen, so sind sie gleichwohl von hoher Bedeutung für die Entwicklung der sie je-**

**weils umgebenden Regionen.** Dies zeigt die hohe Konzentration von wirtschaftlichen Aktivitäten und der Bevölkerung in den analysierten Städten deutlich.

**Für die dynamische Stadtentwicklung und die erfolgreiche Positionierung der Zentren als Wissensstandorte sind – dies zeigen regionalökonomische Analysen – die weichen Standortbedingungen, wie Innovationsfähigkeit, Wissen und Offenheit, von entscheidender Bedeutung.** Es kristallisieren sich im Hinblick auf ihre für das wissensbasierte Wachstum maßgeblichen Potenziale drei Städtegruppen heraus.

**Turku, Umeå und Århus schneiden bei der Bewertung aller drei untersuchten Standortbedingungen gut bzw. sehr gut ab und sind sehr dynamische Wissensökonomien mit ausgezeichneten Zukunftsaussichten.** Die drei Städte verfügen über exzellente Universitäten mit weltweitem Renommee. Die Wirtschaftsförderung ist auf wissensintensive Branchen ausgerichtet und die Affinität zur Anwendung neuer Technologien ist hoch. Überall gibt es einen effektiven Wissenstransfer zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf der einen und den Unternehmen auf der anderen Seite.

**Die drei Städte Kiel, Rostock und Tallinn etablieren sich zunehmend als Wissensökonomien,** sind allerdings bei einigen Standortbedingungen im Vergleich zu Turku, Umeå und Århus nicht ganz so gut positioniert. Kiel und Rostock verfügen durch ihre Universitäten und zum Teil exzellenten Forschungseinrichtungen vor allem bei der Standortbedingung Wissen über gute Voraussetzungen und nutzbare Potenziale. Darüber hinaus ist Tallinn der führende Technologiestandort in den Bal-

tischen Staaten, und es zeigen sich dort deutlich Ansätze für die Etablierung technologiebasierter Cluster.

**Die Analyse verdeutlicht für Riga, Vilnius und Gdansk die Stärken und Schwächen von Städten im umfassenden Transformationsprozess.** Der Strukturwandel von arbeitsintensiven hin zu wissensintensiven Industrien stellt sie vor neue Herausforderungen. In den drei Städten ist ein hohes Wissenspotenzial vorhanden, welches allerdings noch nicht optimal zum Tragen kommt. Der Ausbau und die Förderung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems sind entscheidende Voraussetzungen, um den Wandel zu Wirtschaftsbereichen mit hoher Wissensintensität zu unterstützen.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Trends sowie die zukünftigen Herausforderungen lässt sich als Resümee festhalten: Auch die kleineren und mittleren Großstädte werden aufgrund des Strukturwandels von arbeitsintensiven hin zu wissensintensiven Industrien und Dienstleistungsbereichen ihre wissensbasierten Wirtschaftsstrukturen ausbauen und ihre Stadtentwicklung darauf ausrichten müssen. Notwendige Erfolgsbedingung hierfür ist eine Strategie, die sämtliche harte und weiche Standortfaktoren aus den Bereich Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur, soziale Aspekte und internationale Vernetzung einbezieht.

### STUDIE

A. Könönen, R. Köster, T. Lenné, N. Reich, O. Rohde, S. Stiller, J. Wedemeier (2008): Zukunftschance Kreativität. Entwicklungspotenziale von Städten im Ostseeraum, PwC/HWWI. Zweitaufgabe, Bezug per E-Mail unter [publikationen@hwwi.org](mailto:publikationen@hwwi.org).

## TAGUNG

Am 6. und 7. Oktober veranstalteten das Bildungswerk Erfurt der Konrad-Adenauer-Stiftung, die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und das Wilhelm-Röpke-Institut eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „**Eine vielschichtige Beziehung – Neoliberalismus und Katholische Soziallehre in Vergangenheit und Gegenwart**“. Nach einer kurzen historischen Einführung durch Tim Petersen betrachtete Domvikar Dr. Dr. Elmar Nass den normativen Individualismus aus Sicht der Katholischen Soziallehre kritisch. Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty folgte mit einer kurzweiligen Kritik an der aristotelischen Sozialphilosophie. Daneben ging er auf die Frage nach der Kompatibilität von Neoliberalismus und Soziallehre ein, die er positiv beantwortete. Prof. Dr. Nils Goldschmidt beendete den Tagungsteil des ersten Tages mit einem Referat über „Die Wirtschaftsethik der päpstlichen Sozialzyklen“, in dem er insbesondere die ordoliberal orientierte Enzyklika „Centesimus annus“ von Johannes Paul II. behandelte.

Am Abend fand in der Edith-Stein-Schule eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „Freiheit und Verantwortung“ statt. Sie stand ganz unter dem Eindruck des Kurssturzes an den Börsen und den Schwierigkeiten der Hypo Real Estate. Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik waren sich einig, dass Walter Euckens konstituierendes Prinzip der Haftung in Großbetrieben wieder stärker zur Geltung kommen muss.

Der zweite Tag begann mit geschichtlichen Fragestellungen. Gerhard Steger berichtete über die Kontroverse um die berufsständische Ordnung. Prof. Dr. Jörg Althammer beleuchtete die wirtschaftstheoretischen Hintergründe des Schreiber-Plans („dynamische Rente“). Unterschiedliche Auffassungen zwischen Liberalismus und Katholizismus wurden beim Thema Globalisierung deutlich. Während Prof. Dr. Gerhard Wegner die Vorteile weltwirtschaftlicher Integration betonte, stellten Dr. des. Martin Lampert und Michael Hartlieb die Bekämpfung globaler

Armut in den Mittelpunkt ihres Beitrags. Prof. Dr. Gerhard Kruij lieferte mit einer Darstellung des katholischen Unternehmerbildes das Schlussreferat zur Tagung. Da die Vorträge und die Diskussion als sehr anregend empfunden wurden, ist ein Tagungsband geplant. Näheres dazu erfahren Sie in einem der folgenden Newsletter.

## SYMPOSIUM

Am 26. und 27. Oktober 2008 fand in der Damaskus Universität in Syrien ein Symposium zum Thema „**Mechanism of redistribution of subsidies and delivering it target to parties**“ statt. Federführend war das Planning Institute for Social and Economic Development mit seinem Direktor Dr. Raslan Khadour. Teilnehmer des Symposiums waren ca. 30 Vertreter aus Ministerien, Verwaltung und wissenschaftlichen Institutionen. Das HWWI nahm mit Karl Fasbender und Andreas Trautvetter im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der GOPA Consultants am Symposium teil.

Neben fünf syrischen Referenten zu den Themenbereichen „Ways of delivering economic government subsidies“ und „Subsidies and macroeconomic policies“ waren die Beiträge des HWWI zu den Themen „Subsidies in the frame of an efficient economic policy“ durch Karl Fasbender und „Reduction and elimination of subsidies in the transition process from centrally administered economy into a social market economy in East Germany“ durch Andreas Trautvetter Grundlage für die Workshops. Schwerpunkt des Symposiums war eine tiefgreifende Diskussion zur Subventionspolitik in Syrien, in der Befürworter und Gegner eines Subventionsabbaus im Reformprozess in Syrien zu Wort kamen. Das HWWI brachte sowohl theoretische Grundlagen für Subventionen im Rahmen einer effizienten Wirtschaftspolitik als auch die praktischen Erfahrungen aus dem wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess in Ostdeutschland in die Diskussion ein. Im Ergebnis der Tagung wurden Vorschläge zur Subventionspolitik in Syrien

erarbeitet. Die subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung bildeten dabei eine der Grundlagen.

## RÖPKE-VORLESUNG 2009

Am 12. Februar 2009, dem Todestag Wilhelm Röpkes, um 17.00 Uhr laden HWWI Thüringen und Wilhelm-Röpke-Institut zum dritten Mal in die Thüringer Aufbaubank zur Wilhelm-Röpke-Vorlesung ein. Referent ist der renommierte **Wirtschaftsjournalist Dr. Gerhard Schwarz** von der Neuen Zürcher Zeitung. Neben der Vorlesung findet auch das Doktorandenseminar „The Years of High Theory“. Die Wurzeln ordnungstheoretischen Denkens in den 1920er Jahren“ statt. Dort stellen die Mitglieder des Doktorandenverbundes beim dogmenhistorischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik ihre Forschungsergebnisse zur ökonomischen Ideengeschichte der 1920er Jahre vor. Nähere Informationen erteilt PD Dr. Joachim Zweynert.

## NEUE PUBLIKATION

Neben der vielschichtigen Beziehung von Neoliberalismus und Katholischer Soziallehre gibt es auch eine neoliberale Rezeption Evangelischer Sozialethik. Das versucht Tim Petersen mit seinem Papier „**Die Sozialethik Emil Brunners und ihre neoliberale Rezeption**“ (*HWWI Research Paper 5-6*) zu zeigen. Er stellt den Schweizer Theologen Emil Brunner und dessen Sozialethiken „Das Gebot und die Ordnungen“ und „Gerechtigkeit“ vor. Wilhelm Röpke und Walter Eucken haben letzteres Werk gelesen und es in ihren Schriften verarbeitet. Die Brunner-Rezeption der beiden Ökonomen liefert Einblicke in Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihrem Denken. Download unter [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org) (Rubrik Publikationen).

HWWI News Thüringen erscheint viermal im Jahr in deutscher Sprache und steht in elektronischer Version und kostenlos zur Verfügung. Der Newsletter kann abonniert werden unter: [newsthueringen@hwwi.org](mailto:newsthueringen@hwwi.org).